

# Stenographischer Bericht

## 1. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

21. Mai 1927.

### Inhalt:

- Eröffnung:** Durch den Präsidenten Kölbl (1);  
Bestellung der provisorischen Schriftführer (1).
- Personalien:** Angelobung der Abgeordneten (1 u. 7);  
Wahl von 3 Präsidenten (1);  
von 4 Schriftführern (2);  
von 4 Ordnern (2);  
des Landeshauptmannes (2 u. 10).
- Erklärungen der Sd. durch Landesrat Machold (2);  
des Eb. durch Landesrat Winkler (7);  
des U.-B. durch Abg. Dr. Sernek (9);  
des E.-L. durch Landesrat Zenz (10).
- Ansprache des Landeshauptmannes (10).  
Wahl der Landesregierung (11);  
der Sonderausschüsse des Landtages und Bestimmung der Zahl ihrer Mitglieder (11);  
in den Bundesrat (12).  
in die Heeresverwaltungsjelle (12).
- Anträge:** Zenz, E.-Zl. 1, auf Schaffung eines Alp- und Weidenschutzgesetzes an Stelle des bisherigen reinen Alpfschutzgesetzes (13);  
Zenz, E.-Zl. 2, auf Abänderung des Gesetzes über die Organisation der Agrarbehörden (13).  
Millwisch, E.-Zl. 3, betreffend die Erneuerung der Stipendien für bedürftige Zöglinge an Mittelschulen, an Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten (13);  
Dr. Enge, E.-Zl. 4, betreffend die Einbeziehung der Teilstrecke Graz—Weiz der Bezirksstraße 1. Klasse Graz—Kainberg, sowie der Bezirksstraße 2. Klasse Weiz—Passail in das Konkurrenzstraßengesetz vom 25. Juni 1926, LGBI. Nr. 53 (13);  
Riemer, E.-Zl. 5, wegen Erbauung einer Bezirksstraße in Modriach im Bezirke Voitsberg (13);  
Riemer, E.-Zl. 6, betreffend Notstandsunterstützung anlässlich der Kulturschäden in den Bezirken Voitsberg und Deutschlandsberg (13).  
Peintinger, E.-Zl. 7, auf Bewilligung eines Landesbeitrages zum Baue einer Bezirksstraße von Birckfeld nach Miefenbach bis zum Kreuzwirt (13);  
Zingl, E.-Zl. 8, betreffend Notstandsunterstützung anlässlich der Kulturschäden in der Oststeiermark (13);  
Schifko, E.-Zl. 9, betreffend Notstandsunterstützung der verhegelten Gemeinden Kumberg und Radegund (13).
- Anfragen:** Elser, Nr. 1, an den Landeshauptmann, wegen des Zusammenbruches der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft (12). — Dringliche Behandlung (12). — Begründung: Elser (12). — Beantwortung: Ing. Paul (13).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 5 Minuten.

**Präsident:** Hohes Haus! Auf Grund des § 11 der Landesverfassung eröffne ich die 1. Sitzung der III. Periode des steiermärkischen Landtages und begrüße alle auf das herzlichste.

Zunächst berufe ich vier Abgeordnete zur vorläufigen Beforgung der Geschäfte der Schriftführer, und zwar die Abg. Dr. Koschak, Dr. Kammerer, Pfortner und Gartner.

Die Mitglieder des Landtages haben durch die Worte: „Ich gelobe“ unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann feste und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Doktor Kammerer, die Namen der Abgeordneten nach dem alphabetischen Namensverzeichnis zu verlesen und bitte die Abgeordneten, bei Namensaufruf die Worte: „Ich gelobe“ auszusprechen. (Geschickt.)

Es haben somit alle Abgeordneten die Angelobung geleistet mit Ausnahme der Frauen Abg. Köstler und Mikola.

Nach dem Vorschlage der Obmännerkonferenz hat der Landtag drei Präsidenten zu wählen. Wenn hiegegen kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß diesem Vorschlage zugestimmt wird. Ich schlage vor, die Wahl der Präsidenten nicht mit Stimmzetteln, sondern über mündlichen Antrag durch Aufheben der Hand vorzunehmen. Dieser Vorschlag müßte einstimmig angenommen werden. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß mein Vorschlag einstimmig angenommen wird. (Nach einer Pause.) Es erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Erstattung eines Wahlvorschlages erstatte ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

**Riegler:** Hohes Haus! Ich schlage vor, zum ersten Präsidenten den bisherigen Präsidenten, den Herrn Abg., Hochwürdigen Pfarrer, Franz Kölbl zu wählen und bitte das hohe Haus um Zustimmung.

**Machold:** Ich schlage vor als zweiten Präsidenten den bisherigen Präsidenten Anton Regner.

Ing. Winkler: Als dritten Präsidenten schlage ich vor den Herrn Abg. Franz Thoma.

**Präsident:** Ich ersuche die Herren Abgeordneten, welche den gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme der Vorschläge.

Ich danke zunächst für meine Wahl und erkläre unter Bezugnahme auf mein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß die Wahl anzunehmen und verspreche, die Verhandlungen des hohen Hauses stets in vollster Objektivität zu leiten. (Beifall bei der Einheitsliste.) Gleichzeitig gestatte ich mir, an alle Damen und Herren des hohen Hauses das dringende Ersuchen zu stellen, mich in dem Bestreben zu unterstützen, daß die Verhandlungen des Hauses sich immer in jenen Formen bewegen mögen, wie sie dem Ansehen und der Würde des hohen Hauses und der Verantwortung

entsprechen, die wir der Bevölkerung gegenüber fragen. Die Bevölkerung erwartet, daß die nun beginnende Landtagsperiode eine reiche, segensbringende Arbeit sein möge. Möge sich die Bevölkerung am Schlusse der Periode in ihren auf das Haus gesetzten Hoffnungen nicht getäuscht sehen.

In diesem Sinne begrüße ich Sie alle noch einmal allerherzlichst.

Ich bitte nun den zweiten und dritten Präsidenten unter Beziehung auf ihre als Abgeordnete geleistete Angelobung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. (Geschlecht.)

Es folgt nun die definitive Wahl der Schriftführer. Ich schlage vor, die von mir vorläufig mit den Geschäften der Schriftführer beauftragten vier Abgeordneten, das sind die Herren Dr. K o s c h a k, Dr. K a m m e r e r, P f o r t n e r und G a r t n e r zu definitiven Schriftführern des hohen Hauses zu wählen.

(Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.)

Ferner hat der Landtag vier Ordner zu wählen. Ich schlage vor, zu Ordnern zu wählen die Herren Abg. S c h i f k o, E l s e r, J i r a und R a i n e r.

(Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.)

Nachdem nunmehr der Vorstand und die Leitung des Landtages gewählt sind, schreiten wir zur Wahl der Landesregierung. Nach § 28 der Landesverfassung besteht die Landesregierung einschließlich des Landeshauptmannes aus 9 Mitgliedern. Im Vereine mit den Obmännern der Landtagsparteien stelle ich fest, daß diese Gesamtzahl sich auf die Landtagsparteien im Verhältnis der Mandatszahl nach dem Ergebnisse der Landtagswahl folgendermaßen aufteilt: Einheitsliste 4 Mitglieder, sozialdemokratische Partei 4 Mitglieder und Landbund 1 Mitglied.

Zunächst hat der Landtag den Landeshauptmann zu wählen. Ich werde diese Wahl entsprechend den Vorschriften der Geschäftsordnung mit Stimmzetteln vornehmen lassen. Bevor ich die Wahl einleite, erteile ich zu einem Wahlvorschlage dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

**Riegler:** Hohes Haus! Die gewählten Abgeordneten der Einheitsliste, als stärkste Gruppe des Landtages, schlägt vor, den bisherigen Landesrat, Professor Ing. Johann P a u l zum Landeshauptmann zu wählen. Ich bitte das hohe Haus, diesem Vorschlage zustimmen zu wollen.

**Präsident:** Zu einer Parteienerklärung erteile ich dem Herrn Landesrat M a c h o l d das Wort.

**Machold:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der am 24. April neugewählte steiermärkische Landtag, der heute zu seiner ersten Tagung zusammengetreten ist, unterscheidet sich sehr wesentlich von seinen Vorgängern. Vor allem ist schon sein äußerer Anblick ein anderer, ein geänderter, denn an Stelle der früheren Anzahl von 70 Abgeordneten sind nur mehr 56 steirische Abgeordnete im Hause versammelt, eine Folge der bei unserer letzten Verfassungsänderung durchgeführten Restringierung der Mandatszahl. Diese Tatsache der Mandatsverringerung ist an sich nicht das entscheidende Merkmal des großen Unterschiedes zwischen früher und jetzt. Die Änderung,

um die es sich hier handelt, ist nach einer anderen Richtung interessant. Viel interessanter, viel bedeutungsvoller, viel wichtiger als diese Mandatsverringerung ist wohl die Tatsache einer geänderten inneren Zusammensetzung dieses hohen Hauses. Seitdem wir in Steiermark überhaupt das allgemeine Wahlrecht haben, seitdem die Wähler und Wählerinnen dieses Landes auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen ihre Abgeordneten in dieses hohe Haus zu entsenden in der Lage sind, also seit den ersten Wahlen in unserer Republik, seit Februar 1919, hat hier im Lande Steiermark die christlichsoziale Partei dominiert und hier im Lande geherrscht. Im letzten Landtage, in dem Landtage, der dem jetzt neugewählten unmittelbar vorangegangen ist, hat die christlichsoziale Partei von 70 Abgeordneten 34 innegehabt, also nahezu die Hälfte, und zusammen mit den mit ihnen ja bekanntlich eng verbündeten und von ihnen vollkommen abhängigen Großdeutschen haben sie im Landtage von 70 Abgeordneten 38 gehabt. Sie haben also hier in der Landstube über eine feste, haltbare, für alle Fälle dienende sichere Majorität verfügt.

Noch viel anschaulicher und wirkungsvoller kam die Herrschaft der Christlichsozialen in der früheren Zeit in der Zusammensetzung der Landesregierung zum Ausdruck. Die Landesregierung hat früher aus 12 Mitgliedern bestanden, und von diesen 12 Mitgliedern der Landesregierung waren die Christlichsozialen in der Lage, 7 selbst zu stellen. Sie waren also in der Landesregierung auf die Unterstützung irgendeiner anderen politischen Partei überhaupt nicht angewiesen, sondern sie haben dort aus eigener Kraft die Mehrheit gestellt und konnten die Regierungsgeschäfte nach ihrem Willen und Wollen beeinflussen.

Hohes Haus! Durch die Wahlen am 24. April 1927 hat nun diese unbestrittene Herrschaft der Christlichsozialen Partei bei uns im Lande ein Ende gefunden. Das Bezeichnende und Charakteristische an der Wahl überhaupt ist wohl die Tatsache, daß die christlichsoziale Partei und die großdeutsche Partei hier im Landhause überhaupt zu bestehen aufgehört haben. Beide Parteien haben sich, und zwar vornehmlich aus arithmetischen Gründen, zusammengefunden, sie sind als eine geschlossene Partei in den Wahlkampf gegangen, sie haben sich in der Einheitsliste zusammengeschweigt und haben unter diesem Titel die Wahlen geführt. Nachdem nun unsere Landesverfassung eine Partei nur so kennt, wie sie wirklich in die Wahl gegangen ist, so gibt es hier in der Landesregierung und im Landtage keine christlichsoziale und keine großdeutsche Partei mehr, sondern wir haben nur mehr die Partei der Einheitsliste. (W a l l i s c h: „Sehr richtig!“) Das Ziel und der Zweck der Vereinigung dieser Parteien im Wahlkampf ist allerdings nicht erreicht worden. Das Ziel war doch, der sozialdemokratischen Partei eine Niederlage beizubringen. Dank der Einsicht der Wähler ist es anders gekommen, denn das Resultat ist, daß die Einheitsliste von den nunmehr 56 Mandaten nur mehr 24 bekleiden wird, daß sie also hier in der Landstube in eine Minderheit gekommen ist. Und

noch weit krasser, wirkungsvoller drückt sich die Wahlniederlage der Einheitsliste aus in der zukünftigsten Zusammensetzung der Landesregierung. Anlässlich der Änderung der Mandatszahl, der Herabsetzung der Mandate von 70 auf 56, ist auch eine Verringerung der Mandatszahl in der Landesregierung vorgenommen worden, und zwar von 12 auf 9. Diese ganze Reduzierung geht auf Kosten der Einheitsliste, so daß also die Einheitsliste in Zukunft von 9 Mitgliedern nur mehr 4 stellen wird, also genau soviel, als die sozialdemokratische Partei. Das ist das Ergebnis dieser Wahl. Es steht also fest, daß die Einheitsliste weder hier im Landtage noch in der Landesregierung aus eigener Kraft zu regieren in der Lage ist, daß sie in eine Minderheit gedrängt worden ist und daß sie hier im Landtage und in der Landesregierung auf alle Fälle entweder auf die Unterstützung der Sozialdemokraten oder des Bauernbundes angewiesen ist, der ebenfalls aus dieser Wahl mit einem großen Erfolge herausgegangen ist. Nun, meine Herren, es ist Ihnen ja bekannt, daß in Wien die Bundesregierung gebildet worden, es ist Ihnen bekannt, daß die Partei des Bauernbundes bereits in die Regierungslaufe des Herrn Bundeskanzlers Seipel eingezogen ist und daß einer Ihrer Herren, der auch hier gefessen ist, Herr Hartleb, zum Vizekanzler und Minister des Innern ernannt wurde. Es scheint also, als ob die Art und Weise, die Tendenz und das Ziel, wie nunmehr im Lande Steiermark regiert werden soll, bereits klar seien, aber es scheint nur so. In Wirklichkeit verhält sich die Sache ganz anders. Wir haben vor allem andern einen Proporz und nicht eine Mehrheitsregierung. Auch aus einer ganzen Reihe anderer Dinge wäre mit Grund anzunehmen, daß damit von allem Anbeginn auch die Regierungsbildung und die Regierungstendenz für das Land Steiermark geregelt wäre. Meine Herren! Keine wie immer geartete und wie immer zusammengesetzte Regierung wird in Steiermark regieren können, ohne auf die berechtigten Forderungen und Wünsche der sozialdemokratischen Partei Bedacht zu nehmen. Kein wie immer geartetes Rechenkunststück der Zusammenlegung zur Einheitspartei wird an der Tatsache etwas ändern können, daß wir Sozialdemokraten aus diesem Wahlkampfe stark hervorgegangen sind, daß wir Sozialdemokraten in diesem Landtag im Vergleich zu seinem früheren relativ zwei Mandate gewonnen haben und daß wir weiters genau in derselben Stärke wie früher in der Landesregierung vertreten sein werden. Wir werden nunmehr in der Landesregierung von 9 Mandaten 4 haben, während wir früher von 12 Mandaten 4 gehabt haben. Wir werden auch anstatt wie bisher zwei nunmehr drei Vertreter in den Bundesrat entsenden. Meine Herren: Wenn eine so geschlossene Koalitionsregierung gemacht werden könnte, wie sie sich im Parlamente dargestellt hat, wenn eine solche im Lande zwischen der Einheitsliste und dem Landbund Tatsache werden könnte, so würde uns Sozialdemokraten das nach keiner Richtung hin irgendwie imponieren. Die Sache steht hier so, daß jeder politische Laie wußte, daß auch eine solche Zusammenschweißung aller drei Parteien

gegen uns, daß auch eine solche Koalitionsregierung auf sehr unsicherem Fundament aufgebaut wäre, auf tönernen Füßen stehen würde.

Meine Herren! Die Erfindungsberechtigung und die Wahlerfolge des Bauernbundes basieren ausschließlich auf dem rücksichtslosen Kampf gegen die Christlichsozialen am Lande. Nun haben wir bei den letzten Wahlen gesehen, daß auch die Bauern am Lande anfangen, politisch selbständiger zu denken, als es früher der Fall war, denn sonst hätten die Bauern draußen am Lande den eindringlichsten Appell befolgen und nicht bauernbündlerisch oder sozialdemokratisch, sondern ausnahmslos christlichsozial wählen müssen. Die Bauern am Lande sind also auch schon gescheiter und politisch selbständiger geworden und ich glaube, die bauernbündlerischen Wähler, denen man in einer Unmenge von Versammlungen vorerzählt hat, daß gerade die Christlichsozialen die schwersten Schädlinge der bäuerlichen Interessen sind, würden sich schon auf das allerhöchste verwundern, wenn auf einmal ihre Abgeordneten, die sie hereingeschickt haben, mit denselben christlichsozialen Abgeordneten hier eine geschlossene Phalanx bilden wollten. Aber auch die christlichsozialen Bauern am Lande, die an den Versammlungen der Bauernbündler sehr aktiv teilgenommen haben, auch diese würden sich sehr verwundern, würden so etwas absolut nicht verstehen und würden auch keine Freude an einem solchen neuen Freundschaftspakt haben. Eine solche Zusammenfassung aller Kräfte gegen uns im Lande wäre aber die beste und wirksamste Methode zur Aufklärung der bäuerlichen Wähler beider Richtungen. Bei den letzten Wahlen haben die Sozialdemokraten draußen am Lande, und das ist das charakteristische, außerordentlich gut abgeschnitten. Im Gegensatz zu früher waren es wenig Orte am Lande, wo nicht sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind und gerade in der christlichsozialen Hauptdomäne, in der Oststeiermark, vulgär Ostafrika genannt, haben wir gegenüber den letzten Wahlen um rund 32 Prozent Stimmen mehr bekommen, der Bauernbund allerdings um 66 Prozent mehr, während die Christlichsozialen gerade in ihrer Hauptdomäne 20 Prozent, also nahezu ein Fünftel ihrer Wähler verloren haben. (Zwischenrufe: „Rinkeln!“) In diesem bäuerlichen, wir können sagen schwarz-grünen Landesteile sind überall schon rote Flecken, und das ist sehr gefährlich; eine sehr ansteckende Krankheit möchte ich sagen. Ein Zusammenschluß der Bauernbundpartei mit der Einheitspartei wäre uns gerade recht. Das wäre das beste Mittel und würde uns verbürgen, daß die Krankheit an Ausbreitung gewinnt. (Zwischenruf Riegler.)

Meine Herren: Diese Einheitsliste, der ungünstige Ausgang der Wahlen muß speziell auf die christlichsoziale Partei sehr niederdrückend wirken. Umso niederdrückender, als ja gerade bei diesem letzten Wahlkampfe von dieser Seite nichts unversucht gelassen worden ist, um die politischen Gegner und insbesondere die Sozialdemokraten niederzuringen und denselben Schlappen beizubringen. Es ist wirklich kein Vergnügen und gehört nicht zu den Annehmlichkeiten

eines Politikers, über diese verschiedenen Sachen im Wahlkampfe zu reden. Trotzdem fühle ich mich verpflichtet, wenigstens in kurzen Worten aller Öffentlichkeit — sozusagen zum Schlusse dieses Kapitels — einige Worte zu sagen. Von uns Sozialdemokraten wurden in diesem Wahlkampfe insbesondere folgende Dinge in den Vordergrund der Wahlagitatio n gestellt: den Schutz der Mieter, eine Frage, man kann darüber welcher Meinung immer sein, die jedenfalls für viele Hunderttausende von Menschen in diesem Reiche von allergrößter Wichtigkeit und Bedeutung ist. Weiters die Frage der Hochschulzölle, die eine außerordentlich große Rolle spielt, dann die Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, eine Frage, für die wir schon seit einem Menschenalter kämpfen und die so notwendige und wichtige Schulfrage, die auch einer dringenden Regelung bedarf. Selbstverständlich hat auch im Vordergrund des Wahlkampfes das Untersuchungsergebnis über die in der letzten Zeit bekannt gewordenen Skandale in den verschiedenen Banken und bei der Postsparkasse gestanden. Wenn ich so auf die Wahlagitatio n zurückblicke, die von der Gegenseite geleistet worden ist, so kommt mir als einziges Wahlagitatio nsmittel seitens der Einheitsliste nur in Erinnerung der alte Wau-Wau mit dem sogenannten Ausstromarismus, mit dem angeblich bei uns vorhandenen gewaltigen Umsturzplan. Schon unser Programm sagt, daß wir uns die Eroberung der politischen Macht mit dem demokratischen Mittel des Stimmzettels zum Ziele setzen, welches Programm auf dem Linzer Parteitag neu bekräftigt worden ist. Dadurch allein ist dieses Wahlagitatio nsmittel ad absurdum geführt. Aber noch viel eindeutiger, wirkungsvoller geht die Unrichtigkeit dieser Agitatio n aus der Tatsache hervor, daß die Sozialdemokratie aus diesem Wahlkampfe stärker hervorgegangen ist, größere Erfolge erzielt hat, aber doch nicht die Mehrheit im Staate und im Lande hat erringen können. Trotzdem haben wir dieses Votum der Wähler ohneweiters zur Kenntnis genommen und es ist uns nicht im Traume eingefallen, etwa eine Korrektur dieses Wahlergebnisses durch Aufmarschieren des republikanischen Schutzbundes herbeizuführen. Sehen Sie, meine Herren, das war das einzige und ich muß gestehen das wirksamste Agitatio nsmittel im Wahlkampfe der Einheitsliste. Man hat dadurch dem kleinen Mann in der Stadt und auf dem Lande das Gruseln beibringen, man hat ihnen einreden wollen, wenn die Sozialdemokraten ans Ruder kommen, daß sie dann mit Gewalt die Macht im Staate erringen werden und deshalb rüsten sie diesen so sagenhaften republikanischen Schutzbund aus. Aber, hohes Haus, diese Art der Wahlagitatio n ist es eigentlich nicht, mit der man sich besonders zu beschäftigen hätte. Schließlich und endlich ist der Wahlkampf nicht ein so harmloses kindlich frommes Mittel wie das Rosenkranzbeten. Wenn man in den Wahlkampf zieht, muß man sich dem aussetzen, daß man verschiedenes hört, was unangenehm ist. Worüber ich aber reden wollte, ist das persönliche Moment, welches in diesem Wahlkampfe in den Vordergrund gestellt wurde.

Sie werden sagen, wir sollen zuerst an die eigene Brust klopfen. Ich lese diese Auffassung in Ihren Mienen. Es ist wahr, es ist richtig, daß auch wir Sozialdemokraten in diesem Wahlkampfe persönlich angegriffen haben, aber nicht etwa deshalb, weil Sie für Ihre Tätigkeit in einer öffentlichen Funktion, wo Sie Arbeit leisten, Bezüge bekommen oder aus Ihren Ersparnissen eine Villa gebaut oder gekauft, oder irgendwo als Jurist, als Arzt, als Geschäftsmann mit dem Lande in Verbindung gestanden und Ihren Verdienst bekommen haben. Nein, nicht deshalb, sondern, weil diese Personen in Ausnützung ihrer politischen Mandate, ihrer öffentlichen Funktion sich an allgemeinen Interessen vergangen haben. Bei uns in Steiermark standen in dieser Richtung, dieser Art des Kampfes eigentlich nur drei Personen im Vordergrund. Sie werden nichts gehört haben, daß wir irgend eine persönliche Note angeschlagen haben gegen den Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler, der sicher ein scharfer Gegner von uns ist, oder gegen Landeshauptmann Gürkler oder gegen Landesrat Paul oder gegen andere. Davon werden Sie nichts gehört haben. Aber Sie werden gehört haben, daß wir gegen den Landeshauptmann und Minister Rintelen, gegen den Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanzminister Uhrer und gegen den Landesfinanzreferenten und ehemaligen Landeshauptmann Prisching verschiedene solche Angriffe gerichtet haben. Was haben wir nun diesen Herren vorgehalten? Achten Sie darauf, ob das ein persönlicher Kampf war. Dem Herrn Rintelen, dem früheren Parteichef der Christlichsozialen Partei, haben wir vorgeworfen, daß er als Gründer, als Präsident der Steirerbank und als Landeshauptmann diese Doppelfunktion nicht genau voneinander zu unterscheiden vermochte, daß die Geschäfte der Bank und des Landes voneinander nicht getrennt worden sind. Wir haben ihm weiter vorgehalten, daß er als Präsident der Steirerbank, als diese durch eine unsachgemäße dilettantische Führung und durch verschiedene Ihnen bekannte Spekulationen seiner politischen Freunde in Schwierigkeiten gekommen war und vor dem Rande des Abgrundes stand, durch rücksichtslose Ausnützung seiner politischen Machtstellung verschiedene krumme Wege gegangen ist, um die Bank zu retten, um sie vor dem Konkurs zu retten; Wege, welche ein in öffentlichem Dienste stehender Funktionär nicht gehen kann und darf. Wir haben weiters darauf verwiesen, daß Rintelen seinen hier im Lande doch gewiß mächtigen und sicheren Posten ausgetauscht hat mit dem unsicheren und weniger mächtigen Posten eines einfachen Ressortministers in Wien, damit die Zentralbank deutscher Sparkassen, die über sein Betreiben die Steirerbank saniert und gerettet hat, von Wien aus gerettet werden könne. Er war einer jener drei Minister, die ohne Recht jenen Beschluß gefaßt haben, durch welchen für die Zentralbank die Staatsgarantie ausgesprochen wurde und welcher den Steuerzahlern sofort 625 Milliarden Kronen aus dem Sack gezogen hat, welche Summe sich bis heute schon auf 900 Milliarden Kronen erhöhte. Das waren eben Vergehen

eines öffentlichen Funktionärs, das waren Handlungen, deren Besprechung und Erörterung in aller Öffentlichkeit nicht nur unser Recht, sondern sicher auch unsere Pflicht ist. Man hat uns vorgehalten, daß wir in der Wehelsdorfer Angelegenheit trotz des negativen Untersuchungsergebnisses einen Kampf gegen Rintelen geführt haben, und gerade das Volksblatt hat in dieser Art des Kampfes den Ausfluß des persönlichen Kampfes erblickt. Ich muß sagen, ich fühle mich frei von jeder Animosität und Gehässigkeit gegen Rintelen. Wir haben verschiedene Kämpfe miteinander führen und verschiedene Kompromisse miteinander abschließen müssen. Ich kenne auch seine guten Seiten. Ich führe keinen persönlichen Kampf, ich lehne einen solchen ab, er ist mir ein Greuel. Aber ich bitte, bei Beurteilung des Falles sich folgendes vor Augen zu halten. Nicht wir waren es, sondern der ungarische Ministerpräsident Bethlen war es, der vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschusse in Budapest ausgesagt hatte, daß der steirische Landeshauptmann um die Fälschungen der 500-Tschechenkronen-Noten in Wehelsdorf gewußt und sie gefördert hat. Sie werden sich erinnern können, daß der Erlös aus diesen Fälschungen vornehmlich dazu benützt wurde, um ungarische Banden im Burgenlande auszurüsten, welche sich, als unsere Gendarmerie und unsere Soldaten im Burgenlande eingezogen sind, mit Waffengewalt entgegengestellt haben, was eine große Anzahl von Blutopfern gefordert hat. Bei der Gelegenheit wurden die persönlichen Beziehungen des Landeshauptmannes Rintelen mit den Banknotenfälschern erwiesen. Diese wurden durch seinen Einfluß auf gutbezahlte Posten gebracht. In der Untersuchung wurde allerdings nicht festgestellt, daß Rintelen um diese Angelegenheit gewußt hat. Das ist aus der Untersuchung nicht hervorgegangen. Aber Sie müssen sich vorstellen, daß dieser Untersuchungsausschuß, wie er vom Lande eingesetzt worden ist, kein parlamentarischer Untersuchungsausschuß war, der richterliche Gewalt hat, sondern ein Untersuchungsausschuß, vor den die Zeugen, wenn sie eingeladen wurden, kommen konnten oder auch nicht, wie es ihnen eben gepaßt hat. Es war ein Untersuchungsausschuß, wo die Zeugen aussagen konnten, wie sie wollten. Es konnte ihnen daraus nach keiner Richtung ein Schaden erwachsen. Es ist klar, daß dieser Untersuchungsausschuß die Wahrheit zu erforschen nicht in der Lage war. Ich gehe soweit und sage, daß ich es für wahrscheinlich halte, daß damals die aktive Beteiligung an der ganzen Angelegenheit nicht in das Ressort des Landeshauptmannes Rintelen, sondern des Dr. Uhrer gefallen ist. Er war der tüchtige Mann für derartige Sachen und er hatte mit der Heimwehr zu tun, die daran beteiligt war. Es ist wahrscheinlich, daß Rintelen eine passive Rolle gespielt hat, aber für jeden Funktionär, der die damalige Zeit mitgemacht hat, der irgendwo gearbeitet hat, ist es sonnenklar, daß Rintelen davon gewußt haben muß, daß sich das nicht abgespielt haben kann, ohne daß er davon in Kenntnis gesetzt worden wäre. Er hat von allem gewußt und mußte davon wissen. Nach dieser Darstellung werden Sie mit mir damit übereinstimmen,

daß auch hier kein persönlicher Kampf vorgelegen ist. Es hätte ein leichtes, einfaches Mittel gegeben, volle Aufklärung zu schaffen. Man hätte zum ordentlichen Gericht gehen können. Das ist nicht geschehen und deshalb, glaube ich, kann man auch in dieser Art des Wahlkampfes, in diesen Angriffen, keinen persönlichen Kampf und nicht den Einfluß einer persönlichen Gehässigkeit erblicken. Es ist nur das begreifliche Bestreben, Licht in ein Dunkel zu bringen.

Was nun Dr. Uhrer anlangt, so ist er der zweite, wo man sagt, wir haben persönliche Angriffe gegen ihn gerichtet. Durch die Untersuchung im Postsparkassenskandal ist einwandfrei nachgewiesen, daß er einen Vertrag mit Bosel abgeschlossen hat, durch welchen der Staat 537 Milliarden Kronen verloren hat. Es ist seinerzeit, hohes Haus, in der bürgerlichen Presse und gerade in dem führenden Organe des steirischen Bürgertums, in der „Tagespost“, die Behauptung aufgestellt worden, daß Dr. Uhrer wegen dieses für Bosel so günstigen Vertrages mit dem Betrage von 35 Milliarden Kronen bestraft worden ist. Diese Behauptung ist durch nichts erwiesen und so lange sie nicht erwiesen ist, kann man sie nicht als wahr annehmen. Immerhin besteht die Tatsache der schweren Schädigung des Staates und der Bevölkerung durch den Abschluß dieses Vertrages, und es ist auch höchst merkwürdig und eigentümlich, daß Doktor Uhrer gerade unmittelbar, bevor die Untersuchung in der Postsparkasse eingesezt hat, von Österreich nach Havanna gefahren ist und er als wichtigster Zeuge nicht da war. Es ist höchst merkwürdig, daß er während des Wahlkampfes ganz überraschend in Österreich aufgefaucht und nach kurzer Rücksprache mit dem Chef der Partei, dem Bundeskanzler Seipel, von der Bildfläche wieder spurlos verschwunden ist. Dem Vernehmen nach soll derzeit Uhrer das nicht uneinträgliche, sondern sehr einträgliche Geschäft eines Einkäufers der österreichischen Tabakregie im Auslande betreiben. Diese merkwürdigen Tatsachen, die sicher einer dringenden Aufklärung bedürfen, im Wahlkampfe aufgezeigt zu haben, das ist kein persönlicher Kampf, das ist Pflicht jedes Menschen, der Klarheit in derartige dunkle Sachen bringen will.

Was den letzten der drei Herren, den Dechanten Prisching, anlangt, so wird kein Mensch behaupten, daß es ein persönlicher Kampf ist, wenn man ihm vorhält, daß er die Landesregierung nicht befragt hat, daß er überhaupt aus eigenem, ohne Recht und ohne Gesetz, 1,228.000 Stück Stewag-Aktien gekauft und dadurch das Land faktisch um 6 Milliarden geschädigt hat, und daß er weiters schuld war, daß 13 Milliarden gebunden in Feszen Papier daliegen. Soll das der Ausfluß eines persönlichen Kampfes sein? Es ist übrigens die Tatsache genügend bekannt, daß Prisching bei diesem Anlasse auf eine kleine Aufbesserung seiner eigenen Tasche gedacht hat, indem er sich selbst an diesen Käufen betätigte. Das nur auszugswiese. So schauen also die persönlichen Kämpfe der Sozialdemokraten aus. Es handelt sich hier nicht um persönliche Momente, es handelt sich unter allen Umständen und in allen Fällen um Dinge, die die Öffent-

lichkeit fangieren, die die betreffenden Personen in ihrer Funktion als öffentliche Mandatsträger begangen haben, und das zu bekritteln, das aufzuklären, war unser Recht.

Und nun komme ich zu einem weiteren Kapitel. In welcher Weise wurde nun auf diese Tatsache von der geehrten Gegenseite und insbesondere von den Christlichsozialen, von der Einheitsliste, reagiert? Da haben Sie in allen Zeitungen und in allen Ihren Wahlflugschriften jeden einzelnen von uns persönlich hergenommen, haben ihm alle möglichen Dinge angedichtet, haben Lügen und ganz verzerrte Sachen den Wählern und Wählerinnen vordemonstriert. Insbesondere hat da die letzte Flugchrift, eine Schmähchrift, allem die Krone aufgesetzt. Sie ist in den letzten Tagen vor der Wahl zu Hunderttausenden unter den Arbeitern verteilt worden. Diese Schmähchrift hat nicht einen einzigen der leitenden Funktionäre der sozialdemokratischen Partei unbelästigt gelassen; von jedem einzelnen von uns wurde irgend etwas erzählt, wurden Unwahrheiten verbreitet. Ich möchte nur aus den vielen Dingen einige Stilblüten herausgreifen und Sie bitten, sich selbst ein Urteil zu bilden. Da ist der Fall meines Parteigenossen Dr. Eisler. Genosse Eisler war Listenführer im Grazer Bezirke und war den vehementesten persönlichen Angriffen ausgesetzt. Es ist ihm nun vorgeworfen worden, daß er mit dem Lande Geschäfte gemacht hat, weil er die Vertretung bei der Landes-Dollaranleihe übernommen hat. Alle Regierungsmitglieder von der Einheitsliste und vom Bauernbunde werden mir bestätigen können, daß in Wirklichkeit die Sache sich so verhalten hat, daß Herr Doktor Eisler vom Herrn Landeshauptmann ersucht wurde, diese Vertretung zu übernehmen, nachdem er überhaupt einer jener Vertreter des Landes war, die das Land sich gehalten hat. Ich finde darin gar nichts, daß auch einmal ein sozialdemokratischer Advokat die Interessen des Landes vertritt, denn schließlich und endlich ist das Land ja nicht eine christlichsoziale Domäne, sondern das Land gehört der Allgemeinheit, und nachdem die Sozialdemokraten eine gewisse Rolle im Lande Steiermark spielen, kann man doch nichts daran finden, daß ein sozialdemokratischer Advokat die Interessen des Landes vertritt. Er wurde ersucht, diese Vertretung zu übernehmen, die Landesregierung hat mit einstimmigem Beschlusse ihm diese Vertretung übertragen, weil sie ihn für den Mann hielt, der die Eignung dazu hat, dieses schwierige Werk zu einem guten Ende zu führen. Es waren Verhandlungen notwendig, die fast ein Jahr gedauert haben, Verträge wurden aufgenommen, wie sie komplizierter nicht gedacht werden können usw. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß Dr. Eisler das Werk zu einem guten Ende geführt und die Interessen des Landes aufs beste gewahrt hat. Es wurde ihm auch namens des Landes einstimmig der Dank ausgesprochen. Dr. Eisler hat also sehr viel Arbeit gehabt, hat aber kein Honorar bekommen; er hat nur seine Eigenkosten verrechnet. Er wäre berechtigt gewesen, ein sehr hohes Honorar zu verlangen; jeder bürgerliche Advokat hätte für diese Sache, nachdem es sich hier um 5 Millionen Dollar, also um 350 Milliarden Kronen gehandelt hat, ein paar

Milliarden rechtmäßig nach dem Advokatenarife zu bekommen gehabt. Dr. Eisler hat auf alles verzichtet. Nun stellen Sie sich vor, was das für Auswüchse eines politisch persönlichen Kampfes sind, wenn man zuerst den Betroffenen ersucht, die Vertretung zu übernehmen, mit Regierungsbeschlusse ihn auffordert, die Vertretung zu übernehmen, weil er der einzige Geeignete gewesen ist, das Werk zu Ende zu führen, wenn man ihm den Dank ausspricht für seine Tätigkeit, wenn er kein Honorar verlangt und wenn man ihm das dann im Wahlkampfe vorhält. Ich glaube, eine ärgere Infamie kann man nicht leicht begehen. Nun sind aber da noch einige andere Dinge, und zwar möchte ich auch von mir selbst reden. Mir selbst wurde im Wahlkampfe unter anderem vorgehalten, daß auch ich so wie andere Politiker aus der Politik Geschäfte zu machen verstehe. Das ist im „Volksblatte“ zu lesen gewesen und in einer Reihe von Flugschriften. Man hat das damit begründet, daß ich der Besitzer einer angeblich luxuriös eingerichteten Villa sei. Das wurde mir vorgeworfen, trotzdem der Herr Parteichef, von dem alle diese Sachen ausgegangen sind, der sie inszeniert hat, genau wußte — das war ja kein Geheimnis, ich habe es ihm selbst im Vorjahre erzählt —, obwohl er wußte, daß ich im Jahre 1916, also lange bevor ich daran denken konnte, überhaupt eine bezahlte, eine honorierte politische Funktion zu bekleiden, aus den Ersparnissen einer 20jährigen Tätigkeit, eines ehrlichen Einkommens als Schriftsetzer, durch ein nahezu bedürfnisloses Leben, noch dazu gemeinsam mit einem zweiten Kollegen und unter Aufnahme eines hohen Kapitals von einer Bank, mir ein Eigenheim erworben habe, daß ich also daselbe getan habe, was mit mir, vor mir und nach mir eine ganze Reihe meiner eigenen Kollegen getan haben, eine ganze Reihe von Arbeitern immer getan hat und auch heute immer wieder tut. Meine Bezüge und die Bezüge aller führenden Parteigenossen wurden in dieser Schmähchrift multipliziert wiedergegeben. Die Arbeiter wurden aufgehetzt: „So schauen die Leute aus, die Ihr in den Landtag, ins Parlament wählen sollt!“ Das alles geschah, obwohl der Parteichef wußte, daß wir alle miteinander aus eigenem Antrieb einen beträchtlichen Teil, bis zu 55 Prozent dieser unserer Einnahmen aus öffentlichen Funktionen an die Partei für allgemeine Zwecke abliefern und daß unsere Einnahmen, die wir als öffentliche Funktionäre haben, in gar keinem Verhältnisse stehen zu der Arbeit, die von uns als Parteimännern verlangt wird, die in unserer Partei über alle Maßen geht, die von früh morgens bis spät abends dauert und die uns Zeit und Jahre unseres Lebens kostet. Das alles wurde also in diesen Schmähschriften, in diesen Flugschriften, den Arbeitern vorerzählt. Meinem Parteigenossen Eidersch, damit ich auch ein außersteierisches Beispiel anführe, wurde vorgehalten, daß er sich eine Pension gesichert hat. Die Hammerbrodwerke, ein sozialdemokratisches Unternehmen, mußten verkauft werden und sind in Privatkapitalshände übergegangen. Der Verkauf von Unternehmungen soll wo anders auch schon vorgekommen sein; auch Ausgleiche und Konkurse sind wo anders schon vorgekommen. Der Mann hat 35 Jahre in der Partei gearbeitet und dann

hat er sich eine Pension gesichert, die ihm auf Grund seines Vertrages für diese 35jährige Tätigkeit zugekommen ist. Diese Pension ist nicht einmal so hoch wie die Pension, die der oberste Chef der christlichsozialen Partei, der Herr Prälat Seipel, heute noch als ehemaliger Minister bezieht, die für eine 16tägige Ministerschaft 78 Millionen im Jahre ausmacht. Wir haben dem Herrn Prälaten Seipel diese Pension niemals vorgeworfen, er bekommt diese Pension heute noch, er ist dazu nach dem Gesetze berechtigt, und wir hätten darüber nie ein Wort gesagt. Aber die Angriffe fördern naturgemäß zu solchen Vergleichen heraus.

Damit ich nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, langsam zum Schlusse komme: Das Ende aller dieser Flugschriften, dieser Schmähschriften, die, wie ich schon gesagt habe, an die Arbeiter gerichtet waren, klingt aus in einen Appell an die Arbeiter: „Arbeiter, so schauen Eure Führer aus, der Muchitsch, der Resel, der Pongraz, der Machold usw. Wählt sie nicht, ruft ihnen ein L. m. i. A. zu!“ Die Arbeiter, an die Sie appelliert haben, und viele andere Tausende von Wählern haben ein L. m. i. A. gerufen, aber es ist an eine andere Adresse gegangen; und wenn wir hier im Landtage nicht in gleicher Weise, was infolge des niederträchtigen Wahlkampfes leicht begreiflich wäre, in den gleichen Ruf einstimmen wollen, den etwa die Arbeiter bei der Wahl angestimmt haben, so deshalb, weil wir uns der Pflicht der Allgemeinheit gegenüber bewußt sind, weil wir unsere persönlichen Gefühle und Empfindungen zurückzudrängen verstehen und weil wir schließlich und endlich überzeugt sind, daß nicht ein einziger von allen Damen und Herren, die bei der christlichsozialen Partei, bei der Einheitsliste sitzen, sich mit diesen Gemeinheiten identifiziert.

Und nun zur Wahl des Landeshauptmannes. Zu dieser Wahl nehmen wir einen ganz korrekten und einen ganz objektiven Standpunkt ein, mit einem Worte, eine loyale Haltung. Die Einheitsliste ist, wie Ihnen bekannt ist, noch immer die stärkste Partei in diesem Hause. Wir haben immer die Auffassung vertreten und es ist alter parlamentarischer Brauch, daß die stärkste Partei den Landeshauptmann präsentiert. Es wurde uns durch den Mund des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Riegler der bisherige Landesrat, Professor Ing. Hans Paul als Kandidat für den Landeshauptmann in Vorschlag gebracht. Meine Sehrverehrten! Wir, die wir in der Landesregierung mit dem Herrn Kandidaten lange Jahre zusammen zu arbeiten Gelegenheit hatten, kennen ihn als einen scharfen politischen Gegner, wissen aber, daß er ein anständiger Mensch ist. Wir werden seiner Wahl keine Schwierigkeiten bereiten, wir werden ihm keinen Gegenkandidaten entgegenstellen, und wir werden, um seine einstimmige Wahl herbeizuführen, bei der Wahl leere Stimmzettel abgeben. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß unsere berechtigten Forderungen, die wir an die Landesregierung zu stellen haben und die wir speziell bei der Referatsverteilung schon erhoben haben und noch weiter erheben werden, noch nicht erfüllt sind. Wir glauben aber, daß sowohl der neue Landeshauptmann als auch die Mitglieder der neuen Landesregierung sich der geänderten Lage

nicht verschließen werden, wir sind vielmehr überzeugt, daß sie dieser Rechnung tragen werden. Wir werden daher die Taten, die Werke, das Wirken und Schaffen des neuen Landeshauptmannes abwarten und darnach unsere Haltung gegenüber dem Herrn Landeshauptmann und gegenüber der Mehrheit in der Landesregierung einrichten. Jedensfalls aber möchte ich zum Schlusse mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß wir unter allen Umständen darauf beharren werden, daß das Votum der Wähler am 24. April nicht hinter den Kulissen vielleicht wieder in irgend einer Weise korrigiert wird. Wir müssen unter allen Umständen darauf beharren, daß die neue Regierung einen Kurs einschlägt, der diesem Votum der Wähler am 24. April 1927 auch voll und ganz entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, nehme ich die Angelobung der Frau Abg. Mikola, die nunmehr im Hause erschienen ist, vor. (Frau Abg. Mikola leistet die Angelobung.)

Als nächster Redner gelangt zum Worte Herr Landesrat Winkler.

Ing. **Winkler:** Verehrte Damen und Herren! Wenn ich eingangs meiner Ausführungen die Erklärung abgebe, daß wir für den Vorschlag der Einheitsliste, Herrn Landesrat Paul zum Landeshauptmann zu wählen, stimmen werden, so folgen wir hier in diesem hohen Hause einer alten Tradition.

Ich möchte mir erlauben, ganz kurz zur Regierungsbildung, zum Wahlergebnis, aber auch zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Machold Stellung zu nehmen, um auch unseren Standpunkt hier darzulegen. Wir sind, so wie bei den früheren Wahlen, auch im Jahre 1927 selbständig und unabhängig in den Wahlkampf getreten, und wir haben, trotzdem da die öffentliche Meinung außerordentlich stark gegen uns eingestellt war, einen außerordentlich heftigen Wahlkampf führen müssen, und zwar nach allen Seiten. Wir waren in keiner leichten Lage, schon deshalb nicht, weil wir auch bei der schweren Krise in der Landwirtschaft nicht über die notwendigen Geldmittel verfügten, um den Wahlkampf entsprechend speisen zu können. Wenn man den Verlauf des Wahlkampfes beobachtet hat, muß man feststellen, daß allein für die Plakatpropaganda Milliarden und Milliarden von beiden großen Parteien ausgegeben wurden und wir in diesem Meer der Wahlpropaganda schier unterzugehen schienen. Wenn wir uns trotzdem nicht nur behauptet haben, sondern, wenn wir tatsächlich als die Partei mit dem stärksten Zuwachs im Landtage einziehen, dann muß vor allem das Programm und die Tatsache, daß auch die Bauernschaft sich ihrer Klassen- und Standeslage bewußt wird, zu diesem Erfolge hauptsächlich beigetragen haben. Wir wissen es — wir haben gerade in häuerlichen Wahlkreisen einen starken Zuwachs erreicht —, daß einerseits dieser Gedanke der ständischen Auffassung immer mehr Fortschritte macht und daß andererseits die Unzufriedenheit mit den Leistungen, beziehungsweise Nichtleistungen, der parlamentarischen Körperschaften selbstverständlich einen naturnotwendigen Zuwachs für eine Partei bringen muß, die diese Methode des Parlamentaris-

mus ablehnt. Wir sind bei diesem Wahlkampfe nicht gut behandelt worden, und mit allen Mitteln, auch der Verleumdung, der Niedertracht, bekämpft worden, aber wir glauben gerade den Beweis erbracht zu haben, daß unsere Bewegung, daß der Landbundgedanke im steirischen Volke heute schon tief verankert ist.

Herr Landesrat Machold hat uns den stillen Vorwurf gemacht, daß wir uns mit der Regierung Seipel koaliert hätten, und gleichzeitig erklärt, daß, im Falle dies eintreffen sollte, die Bauern, also unsere Wähler, dies nicht verstehen würden. Wir müssen feststellen, daß insbesondere sowohl im Nationalrat als auch im Organ „Arbeiterzeitung“ unser Eintreten in die Regierung mit außerordentlich gehässigen Bemerkungen glossiert und mit außerordentlichen Angriffen bedacht wurde. Ich erkläre hier vor aller Öffentlichkeit, daß wir uns nicht gerne an der Regierung beteiligt haben, daß wir gar nicht regierungsfüchtig sind (Wallisch: „Sie werden hineingeschoben!“), sondern der Entschluß war die Konsequenz des Wahlergebnisses; denn eine tragfähige Regierung wäre ohne uns nicht ermöglicht worden. Ich glaube, auch die Herren der sozialdemokratischen Partei haben schließlich ein Interesse daran, daß einerseits in diesem Staate und auch im Lande nicht von Monat zu Monat durch eventuelle Regierungswechsel Unruhe in die Bevölkerung getragen wird, und andererseits, daß doch schließlich für die Bevölkerung auch gearbeitet werden muß. Es wundert mich, daß uns Herr Landesrat Machold eigentlich eine Art Belehrung erteilen wollte, daß das unsere Wählerschichten nicht verstehen, daß wir also eigentlich nicht den richtigen Weg gegangen sind und daß die Ratschläge des Herrn Landesrates Machold die empfehlenswerteren seien; da muß ich doch sagen, daß wir schließlich und endlich, bewußt unserer Verantwortung, genau die Auffassung unserer Wählerschichten und vor allem der Träger der Partei, das sind die Vertrauensmänner, kennen. Diese haben die ungeheuer opferwillige Arbeit für unsere Partei nicht deshalb geleistet, um den Christlichsozialen einige Mandate wegzunehmen, sondern um jener Partei die Stimmen zu verschaffen, jene Partei zu stärken, die für ihre Interessen, für die Interessen der werktätigen Landbevölkerung besser eintritt, als die christlichsoziale Partei. Daher, meine Damen und Herren, verlangt der Bauer, verlangt das Landvolk von uns nicht nur eine Arbeit der Negation und Kritik, sondern es verlangt von uns Arbeit für die Bevölkerung, und zwar positive, sachliche Arbeit. Und wir wollen dies auch. Wir haben wiederholt im Landtage bewiesen, daß der Landbund immer bereit war, sachlich mitzuarbeiten. Wir erklären auch diesmal, daß wir aus dem Wahlergebnisse die Folgerung ziehen, für die Bevölkerung in dieser Mandatsperiode wirklich etwas zu erreichen. Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn wieder eine Legislaturperiode vorübergehen würde, ohne daß ernstlich getrachtet worden wäre, für die Behebung der schweren Krise, unter der die Bauernschaft besonders leidet, etwas getan zu haben.

Meine Damen und Herren! Ihnen allen sind die Bedingungen bekannt, die wir an das Eintreten in die Regierung geknüpft haben. Diese Bedingungen sind hauptsächlich wirtschaftlicher Natur und sie waren schwerwiegend — wir können es ruhig sagen —, weil wir im Wahlkampfe mit der Parole gekämpft haben, es müsse eine Änderung des Kurses in diesem Staate erfolgen. Es ist richtig, wir wollen einen agrarischen Kurs in der Bundesregierung, wir wollen ihn in der Staatsverwaltung verstärken, und wir werden uns bemühen, den agrarischen Kurs auch in der Landesverwaltung zu stärken. Wir wollen auch jenen Schichten des Landvolkes, die bisher zum großen Teile, weil sie ein Anhängsel der Volksparteien waren, also ausgeschlossen vom Anteil an der Verwaltung in Staat und Land waren, einen größeren Einfluß sichern. Für uns ist das keine Politik von heute auf morgen, sondern wir befolgen vielmehr eine Politik, die darauf gerichtet ist, im Laufe der Jahre in erster und zäher Arbeit, durch Agitation und Aufklärung, die Mehrheit der Landbevölkerung unseren Reihen anzugliedern, damit der Kurs, den wir anstreben, sich wirkungsvoller durchsetzen könne, damit das bisherige System, das wir bekämpfen, endlich verabschiedet werde.

Wir haben, das steht vor allem, eine aktivere Betätigung auf dem Gebiete des Anschlusses an Deutschland verlangt. Sie müssen zugestehen, daß in den letzten Jahren dieser Gedanke nicht mit jener Intensität propagiert wurde, wie wir es als Deutsche gewünscht hätten. Wir verlangen daher — es ist dies auch in der Regierungserklärung diesmal deutlicher zum Ausdruck gekommen —, daß eine aktive Anschlusspolitik gemacht werde, aus nationalen, aber auch aus wirtschaftlichen und legislatorischen Gründen; hiebei denke ich an das Kapitel Rechtsangleichung und Zollunion.

Unsere zweite und wichtigste Bedingung war die Revision der Zollgesetzgebung in Österreich. Wir machen da kein Geheimnis, Sie kennen unseren Standpunkt, wir sind Agrarier, wir bleiben Agrarier und werden trachten, daß dieser agrarische Einfluß auf allen Gebieten zum Durchbruche kommt. (Wallisch: „Die Landarbeiter umbringen!“) Der Landarbeiter ist wesentlich vom Schicksal des Bauernstandes abhängig, der Landarbeiter wird nur dann auch seine Existenz gesichert sehen, wenn es dem Bauern als solchen wirtschaftlich halbwegs gut geht. (Wallisch: „Wenn auch der Arbeiter dabei zugrundegeht!“) Die Revision der Zollgesetze, aber auch die Revision der Handelsverträge, die Änderung der Zollpolitik überhaupt, kurz, die Behebung der schweren Krise in der Landwirtschaft war auch bei diesen Verhandlungen eine der wichtigsten Forderungen.

Wir sind weiter dafür eingetreten, daß das Mietengesetz, das Mietenrecht, eine Änderung, eine Reform erfahre. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Denn es muß möglich sein, daß auch auf diesem Gebiete ernstlich der Versuch gemacht wird, an einen Abbau der Zwangswirtschaft zu denken. Sehen Sie, Herr Kollege Leichin, ich glaube, Sie haben hierin eine falsche Einschätzung. Auch eine Agrarpartei muß sich mit volkswirtschaftlichen Fragen allgemeiner Natur beschäftigen und nicht einseitig Bauernpolitik be-



treiben, sie muß sich auch mit den großen wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. Wer von Ihnen wird es leugnen, daß das Mietengesetz zu den hervorragendsten wirtschaftlichen Problemen des Staates gehört? (Zwischenruf Wallisch.) Wir fordern, daß dieses wirtschaftliche Problem entpolitisiert werde, damit es nicht wieder als Schlagwort aller Wahlen mißbraucht wird, obwohl ich konstatiere, daß unserer Partei die Schlagwortpolitik auf diesem Gebiete absolut weder geschadet noch genützt hat. Wir sind in dieser Beziehung vollständig unabhängig und haben auch hierin nichts zu fürchten, aber wir treten aus der rein sachlichen Erwägung (Oberzaucher: „Stimmen der Hausbesitzer!“), daß ohne Änderung des Mietengesetzes viele andere Fragen nicht gelöst werden können, für eine Reform des Mietengesetzes ein.

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich muß die Galerie aufmerksam machen, daß es strengstens untersagt ist, sich in irgend einer Weise in die Verhandlungen des Hauses einzumischen.

**Ing. Winkler** (fortfahrend): Wir haben auch in Bezug auf die Steuer- und Gebührenpolitik Bedingungen gestellt, die angenommen wurden und die uns gleichfalls wirtschaftliche Erfolge bringen werden, um den schweren Kampf der Bauernschaft zu unterstützen und nun auch dem Landvolke eine weitere Arbeit nach aufwärts zu ermöglichen.

Sie sehen schon daraus, daß wir unsere Forderungen, die ich nur in den wichtigsten Teilen hier aufgezählt habe, aus der Erwägung heraus gestellt haben, daß der Nationalrat in Wien und der Landtag in Graz nach unserer Meinung die Aufgabe hat, sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beschäftigen.

Was nun die Bildung der Landesregierung im steirischen Landtage anbelangt, so bin ich folgender Auffassung. Nachdem wir für die Bildung der Landesregierung das Proporzsystem zur Grundlage haben, wäre es eigentlich Aufgabe aller drei im Landtage vertretenen Parteien, zusammen zu arbeiten und dafür zu sorgen, daß in dem Sinne verwaltet wird, daß der Bevölkerung wirklich auch in den nächsten vier Jahren Erleichterungen gebracht werden. Ich stelle mir eine andere Möglichkeit im Lande nicht vor, wenn ruhige und sachliche Arbeit geleistet werden soll, als daß alle Parteien, welche in der Landesregierung vertreten sind, zusammenwirken und arbeiten. Wir könnten nicht zur Kenntnis nehmen, und ich habe es aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Machold nicht gehört, daß die Sozialdemokraten sich auf den strengen Oppositionsstandpunkt stellen. Es kann sich hier nicht um große politische Fragen handeln, weder in der Landesregierung noch im Landtage. Der Landtag ist eine gesetzgebende Körperschaft, die eigentlich nur in einer Reihe von Zweigen der Landeskultur, der Schulaufsicht, legislatorische Aufgaben hat, sonst schrumpft eigentlich ihre Tätigkeit auf die Verwaltung des Landesvermögens, der Landesfonds und Landesanstalten zusammen. Daher meine ich, unter dem Gesichtspunkte, der für die Regierungsbildung

maßgebend ist, sollte sich auch die Zusammenarbeit in der Landesregierung und im Landtage vollziehen. Wir stimmen für den Vorschlag der Einheitsliste, sie ist die stärkste Partei und hat vor allem das Recht zum Vorschlage, außerdem stimmen wir auch aus gutem Gewissen dafür, da sicher Landeshauptmann Paul als objektiver Führer der Landesgeschäfte auch unser Vertrauen haben kann und werden ihn daher in seiner Tätigkeit unterstützen. (Zwischeneruf Leichin.) Bezüglich der Referateinteilung sind wir der Meinung, daß gemäß dem Zuwachse, den wir bei diesen Wahlen errungen haben, wir auch bei Stellung eines Vertreters berechnigte Forderungen erheben können. Es ist eigentlich ein Zufall oder Pech im Wahlgluck, daß den Sozialdemokraten noch im letzten Augenblick, nachdem die Wahl schon vorüber war und wir das zehnte Landtagsmandat schon in der Tasche hatten, dieses Mandat zufiel. Es hat sich im ganzen um 180 Stimmen gehandelt und wenn kein regnerischer Tag, wenn es ein schöner Tag gewesen wäre, daß es auch den entlegenen Gebirgsbauern möglich gewesen wäre, zur Wahl zu schreiben, dann hätten wir heute das Vergnügen, wie schon einmal, mit den Sozialdemokraten um das vierte Landesregierungsmandat zu lösen oder zu zipfeln. (Pongraß: „Die hätten ja Regenschirme nehmen können!“) Wir bedauern, daß wir dieses Vergnügen nicht haben, wir werden daher fleißig arbeiten müssen, durch Agitation und Aufklärung, um das nächstemal ohne Streit mit den Sozialdemokraten das zehnte Landtagsmandat zu erringen. Ich glaube daher, daß unser Standpunkt zum Landtage und zur Landesregierung, zur Verteilung der Referate von selbst gegeben ist, wir versprechen und erklären, daß wir bereit sind, sachlich mitzuarbeiten im Interesse des Landes, im Interesse der Landbevölkerung, jener Schichten, die wir vornehmlich vertreten wollen und vertreten werden.

Wir werden in dieser Richtung, weil ich schon früher erklärt habe, daß es sich ja weder im Landtage noch in der Landesregierung um große politische Fragen handelt, vor allem frachten, daß auch die Landesregierung und der Landtag auf wirtschaftlichen Gebieten — und wir erklären uns zur Mitarbeit bereit — eine wirkliche und erfolgversprechende Arbeit leistet. In diesem Sinne werden wir also heute für Landeshauptmann Paul stimmen, in diesem Sinne hoffen wir, in Gemeinschaft mit den anderen Parteien bezüglich der Verwaltung und Verteilung der Referate zu einer Vereinbarung und einem Übereinkommen zu gelangen. (Beifall beim Landbund.)

**Dr. Serneß**: Hohes Haus! Als Vertreter des Udeverbandes im allgemeinen und als Vertreter des Wirtschaftsvereines für Österreich im besonderen bitte ich Sie, von uns nachfolgende Erklärung entgegenzunehmen. Unser erster und oberster Grundsatz ist es und wird es auch immer bleiben, daß wir hier nicht das Interesse einer Partei zu vertreten haben. Wenn wir das Interesse einer Gruppe, eines Standes oder wie immer man es auch nennen mag, vertreten, so wird das Eintreten einzig und allein in diesem Sinne erfolgen, daß all unsere Arbeit, unsere Kraft sich für

das Wohl der in so schwerer wirtschaftlicher und moralischer Not befindlichen Bevölkerung auswirkt. Aus diesem Grunde werden wir auch dahin zu trachten wissen, daß hier Volkswohlpolitik vor jedweder Parteipolitik gestellt werde. Wir haben mit keiner der verschiedenen Parteien ein Bündnis irgendwelcher Art abgeschlossen und werden auch in Zukunft unsere Unabhängigkeit nach jeder Richtung hin zu wahren wissen, wir werden dort versuchen mitzuarbeiten, und werden dort um Unterstützung ersuchen, wo es die rein sachliche Erwägung fordert, wenn es gilt für das Volk, für die Allgemeinheit etwas zu schaffen oder zu fördern. Und da wird es uns gleichgültig sein, ob wir im einzelnen Falle mit Rechts oder mit der Mitte oder mit Links mitzuarbeiten haben. Für uns ist es eine selbstverständliche Norm, daß Sie einer solchen Mitarbeit, insofern sie das Volkswohl betrifft, keine formellen Schwierigkeiten in den Weg legen werden, denn wir hoffen, daß es das Gemeingut aller hier Anwesenden ist, dem Volke durch intensive, rastlose Arbeit verbunden mit größter Sparsamkeit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln mit gutem Beispiele voranzugehen und dadurch die Achtung aller zu erringen. Wir wollen weiter daran glauben, daß die dem Volke von allen Seiten gemachten Versprechungen endlich einmal wenigstens teilweise zur Tat gemacht werden. Wir werden eintreten für die Aufhebung des bestehenden Listenwahlrechtes, für die Ausgestaltung des Ständegedankens, für eine Reform der Verwaltung, die selbst den Bestand unserer Landtage überflüssig machen soll, und eine Hauptaufgabe wird sein, daß wir weiter den Kampf gegen Korruption führen werden, daß wir Gerechtigkeit und Sparsamkeit im Staats- und Volks Haushalte fordern werden, das alles wird Ihnen aus unserer Bewegung schon längst bekannt sein. So wollen wir die ureigenste Aufgabe als Mandatäre in jeder Hinsicht frei erfüllen, wir wollen uns als Mitglieder des Kontrollorganes betrachten, allen Geschäften der Landesregierung und Verwaltung gegenüber und darauf sehen, daß Sparsamkeit und strenge Ordnung walte.

Zur Wahl des Landeshauptmannes können wir uns nur von rein sachlichen Motiven leiten lassen und dem vorgeschlagenen Landeshauptmann Paul durch Abgabe unserer Stimmzettel unsere Zustimmung geben.

**Jenz:** Hohes Haus! Wir haben ein sogenanntes neues Haus, aber es will mir scheinen, daß der alte Jammer in dieses neue Haus bereits seinen Einzug gehalten hat. Wir haben das hier wieder gehört, was im alten Hause unzählige Male abgewandelt worden ist. Es scheint, daß der Rintelen-Wahn, der die Sozialdemokraten im alten Hause verfolgt hat, sie auch im neuen Hause peinigt und immer noch zur Verzweiflung bringt. Wir haben von Ihnen die Erklärung erwartet, daß Sie die Hoffnungen des Volkes auf fruchtbringende Arbeit erfüllen werden und nicht, daß Sie persönliches Parteigezänke in der ersten Stunde in das neue Haus hereintragen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Eine zweite niederdrückende Tatsache muß ich feststellen, nämlich die widerspruchsvolle Auffassung der sozialdemokratischen Partei, daß sie sich auch im

neuen Hause als regierende Oppositionspartei betätigen will, denn die Verfassung spricht den Proporz aus, aber nicht Opposition bei Annahme des Proporz, das ist kein notwendiger Zusammenhang. Die Proporzregierung hat in sich den Gedanken, daß derjenige, der sich zu derselben bekennt, auch die Verantwortung voll mitübernehmen muß, als ob er in einer Konzentrationsregierung säße und arbeite. Von dieser unserer Auffassung lassen wir uns nicht abbringen, weil wir sonst einem Widerspruch das Zugeständnis machen müßten. Was nun unsere Auffassung über die in diesem hohen Hause zu leistende Arbeit anlangt, so wird der Herr Landesrat Paul, wenn die Wahl für ihn als Landeshauptmann durchgeführt sein wird, die entsprechende Erklärung abgeben. Sie werden aus derselben die Tatsache entnehmen, daß wir, die Einheitsliste, in diesem hohen Hause arbeiten und nichts als arbeiten wollen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste.)

**Präsident:** Ich schreite nunmehr zur Wahl des Landeshauptmannes. Die Wahl wird mit Stimmzettel vorgenommen. Leere Stimmzettel sind ungültig. Ich erlaube, die Stimmzettel auszufüllen und in die Urne zu hinterlegen. (Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme der Stimmenzählung.) Hohes Haus! Es wurden im ganzen 54 Stimmzettel abgegeben. Davon sind 20 Stimmzettel leer, daher ungültig. 34 Stimmzettel lauten auf den Namen des Professors Paul. (Lebhafter Beifall.) Herr Professor Paul ist daher zum Landeshauptmann gewählt. Ich erlaube Herrn Professor Paul unter Beziehung auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Ing. Paul:** Hohes Haus! Der Wahlkampf ist vorüber! Wir alle hatten während desselben als Wahlwerber einer politischen Partei die Pflicht, für diese Partei zu werben. Wählermassen vom Werte unserer Ziele zu überzeugen, kurz, Anhänger zu gewinnen. Das Ergebnis der Wahl in den Landtag hat sich heute hier zum erstenmal versammelt. So vereinigt, sind wir aber nicht mehr Werber für eine bestimmte Partei, sondern die Vertreter des Volkes von Steiermark, und haben, so scheint es mir, von nun an nur die eine Aufgabe, nach bestem Wissen und Gewissen für seine Belange in sittlicher, volkswirtschaftlicher und völkischer Hinsicht Sorge zu tragen.

Und wahrhaft groß ist die Not, an der unser Volk zu tragen hat! Sie ist bedingt, durch die Lage der Weltwirtschaft im allgemeinen — daß vor kurzem die Tagung einer Weltwirtschaftskonferenz sich als notwendig erwies, ist gewiß bezeichnend — als auch durch die noch immer andauernden Folgen des Weltkrieges, der unübersehbare und ungeheuerer Verlust an Volksvermögen, welchen er mit sich brachte, die ja nur allmählich und mit großer Anstrengung durch Wiedererarbeiten, also durch Hebung der Produktion auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie, durch entsprechende Ausgestaltung des Handels und des Verkehrs wettgemacht werden.

Nur auf diesem Wege kann auch die Arbeitslosigkeit behoben werden, die eine überaus große Zahl

unserer Volksgenossen vom tätigen Mitschaffen fernhält, kostbare Menschenkraft brachliegen läßt, zur Verelendung ganzer Familien führt und so am Mark unserer Wirtschaft zehrt. Und dabei gäbe es an notwendigen, öffentlichen Arbeiten so viele!

Vor kurzem hat ein Kollege von der Technischen Hochschule in Dresden in Wien einen Vortrag über Straßenbau gehalten. In diesem Vortrag wurde ziffermäßig nachgewiesen, welch ungeheurer Schaden an Volksvermögen durch die schlechten Straßen entsteht. Er hat ziffermäßig einen Ausspruch der Schweiz illustriert, welcher sagt, daß sie nicht reich genug ist, um schlechte Straßen zu ertragen. Ich stehe persönlich auf dem Standpunkte, daß wir nicht hoffen können, wirtschaftlich höher zu kommen, wenn wir nicht auf den Ausbau unserer Straßen großes Gewicht legen, weil wir nicht warten können, bis wir in der Lage sind, sondern durch diese Arbeiten eben erst in die Lage kommen werden, unsere Volkswirtschaft zu heben. Der Kampf der Ingenieure gegen die schädigende Wirkung des fließenden Wassers auf Grund und Boden darf nicht zum Stillstand kommen. Fast alle Flußläufe in Steiermark, besonders die Raab, brauchen dringende Reparaturarbeiten. Viel Arbeit erfordert auch das Meliorationswesen, besonders seitdem wir erleben mußten, daß nicht nur die Verjümpfung weiter Kulturlächen, sondern auch die Verbreitung der Leber-egelseuche an der Viehzucht unübersehbaren Schaden angerichtet hat. Wir wären in der Lage, alle diese und noch manche andere Arbeit zu leisten, da uns ein tüchtiges und arbeitsfreudiges Beamtenkorps und eine fleißige Arbeiterschaft in ganz Steiermark zur Seite steht, deren Wohl uns zum Dank dafür am Herzen liegen muß.

Die Fortführung des Ausbaues unseres Schulwesens, die Erhaltung und Ausgestaltung unserer Wohltätigkeits- und Fürsorgeeinrichtungen ist gleichfalls für uns wichtigste Aufgabe.

Freilich fällt ein schwerer Schatten auf unsere Arbeitsfreudigkeit, wenn man einen Blick auf die finanzielle Lage unseres Landes wirft. Mein hochverehrter Vorgänger im Amt, Dr. Gürtler, hat es sich im Verein mit dem verdienten Finanzreferenten Landesrat Dr. Enge zur Aufgabe gestellt, mit geübter Hand für das heurige Jahr ein möglichst ausgeglichenes Budget zu erstellen. Sollten die Einnahmen durch neue Steuern nicht erhöht werden, und dies ist bei der Steuerbelastung aller Schichten glatt unmöglich, so könnte ein Ausgleich nur durch äußerste Sparsamkeit erzielt werden. So soll es auch weiter bleiben. Durch rationelle Verwendung der gegebenen Mittel soll es aber dennoch, möglich gemacht werden, die wichtigen Aufgaben der Landesregierung allmählich zur Durchführung zu bringen. Einigen wir uns, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in dem Bestreben, alle Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen und von denen ich nur einen kleinen Teil angedeutet habe, zu lösen, dann werden wir alle bei den nächsten Wahlen unseren Wählern von Erfolgen berichten können, die allen Freude bereiten. (Beifall und Händeklatschen.)

Im ernstesten Willen, meine Worte in die Tat umzusetzen, erkläre ich die auf mich entfallene Wahl zum Landeshauptmann dankend anzunehmen, und ich bitte um die tatkräftige Unterstützung des ganzen hohen Hauses und der ganzen Bevölkerung von Steiermark. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Wir schreiten nunmehr zur Wahl der übrigen acht Regierungsmitglieder, wobei ich bemerke, daß nach § 21 der Landesverfassung die Wahl des Landeshauptmann-Stellvertreters durch die Landesregierung zu erfolgen hat. Ich schlage vor, diese Wahl, sowie alle übrigen noch in dieser Sitzung vorzunehmenden Wahlen nicht durch Stimmzettel, sondern über mündlichen Vorschlag durch Erheben der Hände vorzunehmen. (Nach einer Pause.) Es erfolgt kein Widerspruch. Ich nehme an, daß das hohe Haus mit diesem Vorschlage einverstanden ist. Ich ersuche, mir schriftliche Vorschläge der Parteien für die Wahl der Regierungsmitglieder zu übergeben. Über diese Vorschläge werde ich im einzelnen abstimmen lassen.

Wegen eines Wahlvorschlages der Einheitsliste erteile ich Herrn Abg. Riegler das Wort.

**Riegler:** Zu Regierungsmitgliedern aus der Einheitsliste schlage ich vor zu wählen die Herren Abg. Riegler, Jenz und Dr. Hübler.

**Präsident:** Zu einem weiteren Wahlvorschlages der sozialdemokratischen Partei erteile ich Herrn Abg. Machold das Wort.

**Machold:** Von der sozialdemokratischen Partei werden zur Wahl vorgeschlagen die Abg. Machold, Oberzaucher, Pongraz und Resel.

**Präsident:** Zu einem Wahlvorschlages des Landbundes erteile ich Herrn Abg. Thoma das Wort.

**Thoma:** Der Landbund schlägt den bisherigen Landesrat Winkler zur Wahl vor.

**Präsident:** Ich lasse über die einzelnen Vorschläge getrennt abstimmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Wahlvorschlages der Einheitsliste zustimmen, die Hände zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag der Einheitsliste ist angenommen, da sämtliche gegenteilige Stimmen laut Verfassung ungültig sind.

Ich ersuche nunmehr jene Abgeordnete, welche dem Wahlvorschlages der Sozialdemokraten ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Wahlvorschlages ist angenommen.

Ich ersuche nunmehr die Abgeordneten, welche dem Wahlvorschlages des Bauernbundes die Zustimmung geben, die Hand zu erheben (Geschieht.) Der Wahlvorschlages ist angenommen.

Nunmehr schreiten wir zur Wahl der Ausschüsse des Landtages. Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz schlage ich vor, folgende Ausschüsse zu wählen:

Einen Finanzausschuß, einen Landeskulturausschuß, einen Gemeinde- und Verfassungsausschuß, einen Volksbildungsausschuß, einen Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuss und einen Fürsorgeausschuß. Die Zahl der Mitglieder soll für die beiden erstge-

nannten Ausschüsse, das ist der Finanzausschuß und der Landeskulturausschuß, je 12 betragen, für die anderen genannten Ausschüsse je 9. Ich ersuche die Abgeordneten, welche diesem meinem Vorschlage auf Wahl dieser von mir genannten Ausschüsse sowie der von mir genannten Mitgliederzahl die Zustimmung geben, die Hand zu erheben.

(Der Vorschlag wird angenommen.)

Laut Proporzess entfallen auf die Ausschüsse mit 12 Mitgliedern 5 Mitglieder auf die Einheitsliste, 5 auf die Sozialdemokraten und 2 auf den Landbund. Für die übrigen Ausschüsse mit 9 Mitgliedern entfallen 4 auf die Einheitsliste, 4 auf die Sozialdemokraten und 1 auf den Landbund. Ich bitte nun wiederum um schriftliche Parteivorschläge für die Ausschüsse.

(Die Vorschläge werden erstattet durch Riegler, Machold und Ing. Winkler. — Die Abstimmung wird getrennt nach Parteien vorgenommen und werden die gemachten Vorschläge angenommen. — Siehe Beschluß 6.)

Die Ausschüsse sind somit gewählt. Wir nehmen nunmehr die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner in den Bundesrat vor. Das Land Steiermark hat 7 Bundesratsmitglieder und für jedes Mitglied einen Ersatzmann zu entsenden. Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz stelle ich fest, daß sich diese Gesamtzahl auf die einzelnen Parteien folgendermaßen verteilt:

Einheitsliste 3, Sozialdemokraten 3, Landbund 1 Mitglied.

Ich bitte um schriftliche Parteivorschläge. Zur Erstattung eines Wahlvorschlages erteile ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

**Riegler:** Für den Bundesrat schlage ich vor zu Mitgliedern:

Olga Rudel-Zeynek, Ersatz: Rudolf Frank; Oberstleutnant Hans Hoheneder, Ersatz: Prälat Monsignore Karl Großauer; Franz Kandler, Ersatz: Dechant Eduard Gürtler.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche mit diesem Wahlvorschlage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist angenommen.

Zur Erstattung eines weiteren Wahlvorschlages erteile ich dem Herrn Landesrate Machold das Wort.

**Machold:** Ich schlage vor als Mitglieder: Martha Tausk, Ersatz: Reinhard Machold; Rudolf Schullager, Ersatz: Josef Neumann; Ludwig Suller, Ersatz: Florian Ring.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche mit diesem Wahlvorschlage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist angenommen. Ich ersuche nunmehr um einen Vorschlag von Seite des Landbundes und erteile Herrn Landesrat Winkler das Wort.

**Ing. Winkler:** Ich schlage vor als Mitglied Anton Höpfl, als Ersatz Rudolf Schiefer.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche mit diesem Wahlvorschlage einverstanden sind, die Hand

zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag erscheint angenommen.

Hiermit ist auch die Wahl der Bundesräte vorgenommen.

Schließlich hat der Landtag die Neuwahl der Mitglieder der Heeresverwaltungsstelle vorzunehmen. Es sind drei Mitglieder zu wählen, für jedes Mitglied ein Ersatzmann. Die Wahl erfolgt nach dem Verhältniswahlrechte, wonach auf die Einheitsliste zwei Mitglieder und zwei Ersatzmänner, auf die sozialdemokratische Partei ein Mitglied und ein Ersatzmann entfallen. Ich bitte um schriftliche Wahlvorschlüge.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

**Riegler:** Ich schlage vor den Herrn Oberstleutnant Hans Hoheneder, als Ersatz Generalintendant i. R. Schubert, und Oberst Karl Wagner und als Ersatz Major i. R. Pischwanger.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche mit diesem Vorschlage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist angenommen.

Ich erteile Herrn Landesrat Machold zu einem weiteren Wahlvorschluge das Wort.

**Machold:** Ich schlage vor als Mitglied Alois Rosenwirth und als Ersatzmann Ludwig Oberzacher.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Wahlvorschluge ist angenommen.

Zum Schlusse mache ich aufmerksam, daß die Mitglieder des Landtages, die eine der im § 22 der Landesverfassung bezeichnete Stelle bekleiden, innerhalb eines Monats nach erfolgtem Eintritt in den Landtag dem Präsidenten die Anzeige hievon unter Angabe der Bezüge zu erstatten haben. Diese Anzeige ist auch seitens jener Abgeordneten zu erstatten, die bereits in der früheren Landtagsperiode Abgeordnete waren und eine gleiche Anzeige bereits erstattet haben.

Ferner teile ich mit, daß an jene Mitglieder der zweiten Periode, die dem Landtage nicht mehr angehören, das Ersuchen gerichtet worden ist, ihre Eisenbahndauerkarten zurückzustellen. Sobald das geschehen ist, wird die Ausfertigung der Karten für die neu entsendeten Mitglieder veranlaßt werden.

Es wurde mir überreicht eine dringliche Anfrage der Abg. Elser, Wolf, Pöckl und Genossen an den Landeshauptmann wegen des Zusammenbruches der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft. Die Anfrage entspricht den Forderungen der Geschäftsordnung, ich bringe dieselbe sofort zur Verhandlung.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. Elser das Wort.

**Elser:** Hohes Haus! Die Verhältnisse bei der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft sind ja im allgemeinen bekannt. Weniger bekannt dürften die Ursachen sein, die zum Zusammenbruche dieses einst so gut fundierten Unternehmens geführt haben, beziehungsweise führen mußten. Es ist ebenfalls bekannt, daß die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft seit Jahren die Domäne des Dr. Wuffewar,

jenes volkswirtschaftlichen Schädling, der eigentlich die Hauptschuld an dem Zusammenbruche dieser Unternehmung trägt. Wer ist eigentlich dieser Wutte? Wir wissen, daß dieser Mann zur Zeit der Inflation es verstanden hat, vom kleinen, unbedeutenden Buchhalter sich hinaufzuschwingen zum Valutenschieber. Was Castiglione für die Alpine war, war Wutte für die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft, nur mit dem Unterschiede, daß es der Alpine noch rechtzeitig gelungen ist, ihren Blutegel zu beseitigen. Als das Valutengeschäft, die Valutenschieberei nicht mehr ging, warf sich Wutte auf den Effektenmarkt und wurde Präsident der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft. Seine erste Tat war folgende: Er gründete eine Verkaufsgenossenschaft. Diese Gründung war ein durchsichtiger Schwindel. Sie hatte den Zweck, daß Wutte selbst seinem eigenen Werke zu möglichst niedrigem Preise die Kohle abknöpfte und diese Kohle dann zu Wucherpreisen an die Konsumenten abgab. Die Graz-Köflacher sah von diesem Gewinne nichts; der floss in die Tasche des Herrn Wutte. Dann ist man darangegangen, eine Holzunternehmung, die Norika, zu gründen. Die Graz-Köflacher hatte früher die Möglichkeit, durch billigen Holzeinkauf ihren Holzbedarf zu decken. Als Wutte Präsident wurde, war es mit diesen billigen Einkäufen vorbei. Die Norika hatte die Aufgabe, zu möglichst niedrigem Preise das Holz den Gebirgsbauern abzugeben und die Norika verkaufte er der Graz-Köflacher zu teuren Preisen. Wutte wurde auch ein Macher der *Greinitz A.-G.* Vor seinem Eintritt in die Gesellschaft war es üblich, daß das Konkurrenzangebot bei Eindeckung des Eisenbedarfes berücksichtigt wurde. Wutte machte das anders, er ist nicht umsonst der Macher der *Greinitz A.-G.* geworden. Man hat einfach jedes Konkurrenzangebot ablehnen müssen von Seite der anderen Werke und es mußte die Graz-Köflacher zu teuren Preisen ihren Maschinenbedarf und den Eisenbedarf bei *Greinitz* decken. Was auf diese Weise der Gesellschaft noch blieb, das nahm ihr Wutte durch die bekannten Aktienschiebereien. Es ist daher kein Wunder, daß diese Gesellschaft bei einer solchen systematischen Ausplünderung durch diese Valutenhyäne finanziell verbluten mußte. Die weitere Folge war, daß man die notwendigen Investitionen nicht machen konnte oder die begonnenen Investitionen nicht vollenden konnte. Anstatt wirtschaftlichen Aufbaues der Betriebe der *G.-K. B.* Verschleppung von Werten, anstatt letzten Endes die Betriebe zu forcieren und sie im Konkurrenzkampfe gegen die auswärtige Kohle instand zu halten, wurden die Betriebe systematisch zugrunde gerichtet. Vor Eintritt Wuttes als Präsident der *G.-K. B.* hatte diese Gesellschaft einen Arbeiterstand in den Kohlenwerken von rund 3000, heute haben sie eine Arbeiterstand von rund 900 Mann. (Rufe: „Hört!“) Von den neun Kohlenwerken der *G.-K. B.*, die in vollem Betriebe standen, als Wutte

noch nicht seine schmutzigen Hände bei dieser Gesellschaft im Spiele hatte, gehen heute noch zwei Werke, das sind die Werke Rosenthal und Kalkgrub. Alle übrigen sind lahmgelegt, stillgelegt oder machen nur Grubenerhaltungsarbeiten. Wenn man diesen Skandal näher besieht, dann drängt sich einem die Frage auf, wie konnte eigentlich dieser Mann sein Unwesen so lange treiben? Die letzten Bankenskandale geben einem in dieser Richtung volle Aufklärung, die Beantwortung dieser Frage. Eine Hand wäscht eben die andere, man ist eben nicht umsonst *Rintelenz* und *Uhrers* Freund gewesen, und so wird der Fall Wutte, der Fall der *G.-K. B.*, meiner Ansicht nach auch eine österreichische Justizschande. Gäbe es hier noch eine unparteiische Justiz, dann säße dieser Volksschädling längst hinter Schloß und Riegel. Nun beginnt der Kampf um die *G.-K. B.*, und schon versucht die eine Interessengruppe der anderen die Beute möglichst billig abzugeben. Auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten wird dieser Kampf ausgetragen. Daher ist es dringend geboten, wenn nicht im Interesse des Landes Steiermark, so doch im Interesse von bedeutenden Industriegemeinden, daß schleunigst der Einfluß der Regierungsstellen bemerkbar wird.

Aus diesen Gründen erlaube ich mir an den Herrn Landeshauptmann nachstehende dringliche Anfrage zu richten (liest):

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung sowie überhaupt bei sämtlichen kompetenten Faktoren mit allem Nachdrucke und aller notwendigen Beschleunigung jene Schritte zu unternehmen, durch die eine Aufrechterhaltung der Graz-Köflacher Betriebe gewährleistet und weitere Entlassungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft verhindert werden?“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident:** Zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Ing. Paul das Wort.

Ing. Paul: Hohes Haus! Ich brauche wohl nicht erst zu versichern, daß ich mir der hohen Bedeutung vollkommen bewußt bin, welche der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft im Rahmen unserer steirischen Volkswirtschaft zukommt, und ich stimme mit dem Antragsteller überein, wenn ich von den unabsehbaren Folgen spreche, welche eine Einstellung dieser Betriebe für die Arbeiterschaft, für die Angestellten, für Handel und Gewerbe, ja für die ganze Bevölkerung des durch die Einstellung betroffenen Gebietes nach sich ziehen würde. Ich glaube versichern zu können, daß ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, daß diese Betriebe aufrechterhalten bleiben. (Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Der Präsident verkündet die eingebrachten Anträge (siehe Inhaltsverzeichnis).

Die nächste Sitzung des hohen Hauses wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.)